

Zeitschrift: Frauenbestrebungen
Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)
Band: - (1916)
Heft: 12

Artikel: Die Union für demokratische Kontrolle in England
Autor: Stern, C.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-326315>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Not, sie erschwert auch die Hilfeleistung. „Aber komm, du zage Klagende“, ruft mit dem Worte Gottfried Kellers — aus dem Gedichte von den armen Müttern — dieses neue Haus nichtsdestominder, und nach dem im gleichen Gedichte entworfenen Bilde sehen wir seine Pforte bewacht:

Seine unsichtbaren Hüter
Lehnen am Standartenschaft
In den goldenen Wappenröcken:
Das Gewissen und die Kraft.

Anna Fierz.

Die Union für demokratische Kontrolle in England.¹⁾

Wer sich aus dem Völkerringen dieser Zeit gleichsam in eine Noahs-Arche zu retten versucht, um sich wie vor den Wogen der Leidenschaften so auch vor den Verzerrungen des Urteils zu sichern, die sie im Gefolge haben, der wird vor allem von dem Gedanken an das unausschöpfbare Leid ergriffen sein, das sich in gleichem Mass über die kriegsführenden Nationen ergossen hat. Im Westen, im Osten, im Süden, im Norden häufen sich Hunderttausende blasser Toter — Freund und Feind — in den Massengräbern. In ganz Europa durchwachen bange Mütter die Nächte, und die Schmerzen, die gelitten, die Thränen, die geweint werden, sie zeugen von hier und dort ganz gleichmässig vernichtetem Menschenglück. Lässt man, von diesem Gedanken erfüllt, Äusserungen der leitenden Staatsmänner der kämpfenden Mächte oder ihrer Presse auf sich wirken, so ist man wieder auf andere Weise von ihrer Gleichtartigkeit betroffen. Auf allen Seiten wird fast wörtlich dasselbe gesagt und geglaubt — mit Gültigkeit nur für die eigene Partei. Man hat das Gefühl, Brüder gegenüberzustehen, die alle von der Schwere des gleichen Schicksals betroffen sind und die ein Wahn verhindert, es zu erkennen. Mit dem buddhistischen Weisen möchte man jedem von ihnen zurufen, während sie die Hände gegen einander erheben: lass ab, — „dieses Lebende bist Du!“

Diese Empfindung hat Bestrebungen mannigfacher Art erstehen lassen, die sich alle die Herbeiführung eines baldigen Friedens zum Ziele setzen, Bestrebungen, denen kein menschlich Fühlender sich versagen kann. Wenn sie trotzdem bis jetzt keinen Erfolg gezeigt haben, so liegt die Erklärung in der Erwiderung, die ihnen gleichartig aus allen feindlichen Lagern entgegentönt: wir wollen keinen „faulen“ Frieden, der die Gegensätze nur verkleistert; wir wollen eine endgültige (uns voll befriedigende) Ordnung der Dinge, die einen dauernden Frieden verbürgt.

Aus der umgekehrten Erwägung, dass ein solcher Friede, der nur der Ausdruck augenblicklicher Machtverhältnisse wäre, kein dauernder sein könne, ist die „Internationale Frauenvereinigung für dauernden Frieden“ hervorgegangen, der unser Zürcher Ausschuss angegliedert ist. Hier sucht man nicht unmittelbar auf die Entwicklung der Ereignisse einzuwirken, man dringt vielmehr, da man für das Unheil dieses Weltbrandes nicht die eine oder die andere Seite, sondern das allenthalben herrschende System verantwortlich macht, auf die Umgestaltung jenes Systems, damit die gleichen Ursachen nicht immer wieder die gleichen Folgen heraufbeschwören.

Diesen Bestrebungen ist nun in keinem Lande so vorgearbeitet worden wie in England. Es wird immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte der „unabhängigen Arbeiterpartei“ dieses Landes sein, dass sie sich inmitten gesteigerter nationaler Leidenschaften ihre Menschheitsideale nicht hat verwirren

lassen. Während die Regierungen aller in den Krieg verstrickten Nationen den dauernden Frieden nur durch Machtzuwachs erkämpfen zu wollen verkündeten und darin von der Zustimmung aller ihrer Parteien mit verschwindenden Minoritäten getragen wurden, trat in England schon zu Beginn des Krieges ein Kreis vorzüglich der „unabhängigen Arbeiterpartei“ angehöriger Männer zusammen, welche die von jedem Volk so rasch und kategorisch entschiedene Schuldfrage auf eine neue und eindringendere Art beleuchteten und die Methode, Streitigkeiten zwischen zivilisierten Staaten durch Krieg zu entscheiden, als eine verbrecherische Torheit brandmarkten. Die Vereinigung, die sich den Namen einer „Union für demokratische Kontrolle“ zulegte, stellte 4 Kardinalpunkte auf, die sie einem künftigen Frieden zu Grunde gelegt wissen will, damit er nicht den Keim neuer Kriege in sich trage: I. Keine Provinz soll von einem Land auf ein anderes übertragen werden dürfen ohne die durch Plebisit oder anderweitig festgestellte Einwilligung ihrer Bevölkerung. II. Kein Vertrag oder Übereinkommen soll künftig im Namen Grossbritanniens geschlossen werden ohne die Genehmigung des Parlaments. Eine geeignete Instanz, um die demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik sicherzustellen, soll geschaffen werden. III. Die auswärtige Politik Englands soll nicht darauf gerichtet sein, Bündnisse zu schliessen zum Zweck der Aufrechthaltung des Gleichgewichts der Mächte, sie soll vielmehr Übereinstimmung der Mächte erstreben und die Einsetzung eines internationalen Rats, dessen Beratungen und Entschliessungen öffentlich sein sollen, mit geeigneten Einrichtungen, um internationale Zustimmung als Garantie eines dauernden Friedens zu sichern. IV. England soll bei dem Friedensübereinkommen einen Plan durchgreifender, allgemeiner Rüstungsreduktion aller kriegsführenden Mächte vorlegen und, um diese Massnahme zu erleichtern, versuchen, die allgemeine Verstaatlichung der Waffenfabrikation und die Kontrolle der Waffenausfuhr aus einem Land in das andere durchzuführen.

Überzeugt, dass das englische Volk und die Völker im allgemeinen niemals in den Krieg hineingerissen hätten werden können, wenn sie bei Zeiten aufgeklärt und in den Stand gesetzt gewesen wären, sowohl über die vorliegenden Differenzen als über die Gefahr, die sich für sie vorbereitete, sich ein Urteil zu bilden, wünscht die Union vor allem, das Volk bei Eintritt des Friedens nicht ebenso unvorbereitet und infolgedessen ebenso einflusslos zu sehen. In ungezählten Flugblättern, die sie über das Land verbreitet, erläutert sie ihre leitenden Gedanken in volkstümlicher Sprache. In zwei regelmässig erscheinenden Zeitschriften und in Dutzenden von Broschüren nehmen die ersten Geister der Bewegung zu den einzelnen Punkten Stellung. Das Parlament wird zur Tribüne, von der aus die neuen Ideen dem ganzen Volk zugänglich gemacht werden.

Soweit ich mir diese verschiedenartigen Äusserungen der Gesellschaft zu eigen machen konnte, möchte ich, ganz abgesehen von dem sympathischen Endzweck, die Reinheit der Gesinnung, die eindringende Gründlichkeit der Untersuchung, die praktische Vernunft der Argumentation hervorheben, die sie fast ausnahmslos kennzeichnen. Die Ursachen des Krieges werden in einer wahrhaft grossartig objektiven Weise bis zu ihren frühesten Ursprüngen zurückverfolgt. Dem englischen Dogma, das von dem insularen Standpunkt aus bei absoluter Beherrschung der Meere europäisches Gleichgewicht in dem Sinne fordert, dass keine der kontinentalen Nationen durch Steigerung ihrer Macht zur Vorherrschaft gelangen darf, das den einmal erreichten Zustand starr festhalten will und der Entfaltung aufstrebender Nationen ein unbedingtes Veto entgegensezett, wird ein bedeutender Teil der Schuld an dem Ausbruch des Konfliktes zugemessen. Die Gesichtspunkte aller der in den Kampf verwickelten Mächte werden mit grösster

¹⁾ Auf Grund eines Berichtes, erstattet am 20. Oktober 1916 im Frauenausschuss für dauernden Frieden in Zürich.

Unparteilichkeit neben einander gestellt und dem Verständnis nahe gebracht, wobei in einer Russell'schen Schrift sogar Russland die Rolle des allein expansionslüsternen und mit verhältnismässiger Lust in den Krieg gehenden Teils spielt. Die Nutzlosigkeit der sogenannten Versicherung gegen die Kriegsgefahr durch Bündnisse und sich gegenseitig in die Höhe treibende Rüstungen wird unwiderleglich dargetan. Es wird das drastische Gleichnis dafür gebraucht: es ist, als ob man gegen Masern mit einem Pest-Serum impfen wollte. Furcht hat die Mächtigruppen zusammengeschmiedet und von einander abgeschlossen, Furcht hat einen Krieg heraufbeschworen, der tausendmal Schlimmeres über jede einzelne, selbst im Falle des Sieges, gebracht, als wovor sie sie zu bewahren gedachte. In einer Reihe weiterer Schriften wird der Selbstgerechtigkeit entgegengearbeitet, die den Imperialismus und Militarismus unter dem Schlagwort „Prussianismus“ nur auf der Gegenseite sucht. Den Äusserungen Bernhardis und Treitschkes werden gleichwertige von Lord Roberts, Admiral Fisher und einer Reihe der englischen Gelehrtenwelt angehöriger hervorragender Persönlichkeiten gegenübergestellt. Überall wird auf die Erkenntnis hingearbeitet, dass es nicht die Verderbtheit einer bestimmten Nation, sondern dass es das allenthalben herrschende System ist, dem zu Leibe gegangen werden muss.

Am erschütterndsten offenbaren sich die Sünden dieses Systems in den Untersuchungen, die der internationalen Waffenindustrie gewidmet sind. Sie werden mir erlauben, ein wenig genauer auf sie einzugehen, da sie für den Widersinn der Verhältnisse, die die offizielle Welt für die einzige möglichen hält, charakteristisch sind. Waffen und Munition werden bis jetzt in der Regel nicht vom Staat, sondern von Privatfirmen fabriziert, die in erster Linie das kaufmännische Interesse möglichst hohen Gewinns haben. Je grösser das Kapital, das in diesen Unternehmungen investiert ist, um so mehr kann produziert werden; je mehr von dem Produzierten abgesetzt wird, um so mehr kann die Dividende in die Höhe getrieben werden. Nun gibt es überhaupt keinen Gegenstand, für den das Bedürfnis gerade auf internationaler Basis so gesteigert werden kann wie Kriegsmaterial. Je mehr man bei dem einen Land absetzt, um so grösser wird der Bedarf des andern. Da Patriotismus zu 10 bis 15 %, wie sich einer meiner Gewährsmänner ausdrückt, selbst für den besten Bürger eine starke Versuchung bildet, sehen wir Stahl- und Eisenwerke, Dynamit- und Sprengstoffgesellschaften aller Länder sich zusammenschliessen, um Leistung und Bedürfnis auf allen Seiten höher und höher zu steigern. Die Harvey United Steel Company, die sich 1902 in Somerset-House konstituierte, zählte unter ihren Direktoren 7 Engländer, 1 Italiener, 3 Franzosen, 1 Amerikaner, 2, später 5 Deutsche, darunter auch Krupp. Die Präsidenten der einen Gesellschaft waren zugleich vielfach Direktoren der andern. Ebenso war jedes Unternehmen durch den Besitz von Anteilscheinen an den andern interessiert; ein Aktionär des einen war Aktionär aller. Die Nobel Dynamit Trust Comp. war z. B. an Hamburgischen, Dresdener, Kölnischen Sprengstoff-Fabriken und Dynamit-Aktiengesellschaften beteiligt. Dass eine so ungeheure, in privaten Händen konzentrierte und ganz unkontrollierte Macht zu Missbrauch auffordern musste, kann nicht wundernehmen. Die grossen Trusts wählten denn auch vorzugsweise zu Direktoren und Leitern frühere hohe Staats-, Militär- und Flottenbeamte oder Führer militär-propagandistischer Vereinigungen, um sowohl Regierung wie Volk beeinflussen zu können. Sie hielten häufig geheime Agenten, die von den Bestellungen, zu denen sie auswärtige Regierungen veranlassten, Prozente bezogen. Hirst, einer der bedeutendsten englischen Nationalökonomen, der vor Kurzem wegen seines Freimuts von der Leitung der ausgezeichneten Zeitschrift, dem „Economist“ zurücktreten musste, bestätigt, dass ein Agent der Firma Armstrong während der Wirren zwischen Chile und

Argentinien mit Eifer daran gearbeitet habe, beide Staaten zum Krieg zu hetzen und beide mit Munition zu versorgen. Es kam vor, dass Staatsbeamte bestochen wurden (z. B. in Japan), um Bestellungen zu vermitteln, und Offiziere, damit sie schlechtes Material nicht refüsierten. — Wenn man sich dieses ungeheure Netz vorstellt, das von der schwarzen Spinne Profit gewoben und über der ganzen Welt zusammengezogen worden ist, so kann man die hauptsächlich von jener Seite immer wieder vertretene Behauptung, dass die furchtbare Rüstungslast der europäischen Staaten als eine Friedensversicherung zu betrachten sei, nur als Heuchelei oder bitteren Hohn ansehen.

Nicht weniger interessant sind die Schriften, die sich mit dem Einfluss des Kriegs und der Kriegskosten auf die Arbeiterklasse befassen. Es wird darin zugegeben, dass nach weitverbreiteter Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges nun eher mehr als in Friedenszeiten produziert wird, dass auch die Löhne in die Höhe gegangen sind. Da indessen die Hauptmasse des Produzierten vom Krieg verschlungen wird, die Ausfuhr grossenteils vernichtet, die Einfuhr wichtiger Nahrungsmittel und anderer Produkte sehr reduziert ist, macht sich eine so ungeheure Preissteigerung fühlbar, dass mit dieser verglichen der Durchschnitt der Lohnsteigerung weit hinter ihr zurückbleibt. Der Arbeiter erhält also für seinen erhöhten Lohn weniger als früher für den geringeren. Dagegen hat er aber eine Schmälerung oder Vernichtung seiner durch jahrzehntelange Anstrengungen erworbenen Rechte in Kauf zu nehmen. Ungelernte Arbeiter sind in Berufen eingestellt, die sich dagegen gesichert hatten; notorische Schwitzfirmen werden vom Staat beschäftigt, und durch Überstunden und Heranziehen von Kindern und Schwachen wird die Kraft des kommenden Geschlechts geschädigt. Ein düsteres Bild wird von der bei Eintritt des Friedens zu erwartenden Lage gezeichnet, wenn Millionen zurückkehren und ihre Plätze besetzt, die Industrien, in denen sie gearbeitet, aufgelöst oder umgewandelt finden werden. Alsdann werde Arbeitskraft ebenso im Überfluss vorhanden sein, als Kapital rar sein werde. Die hohen Prozente für das Kapital werde man an den Arbeitslöhnen zu sparen suchen. Dazu kommen die Milliarden Steuern, die allein schon für die Verzinsung der Kriegsanleihen zu zahlen und hauptsächlich von der breiten Masse des Volkes getragen werden müssen. Die Regierungen — und wir dürfen dies in erhöhtem Mass für die Regierungen aller andern Länder gelten lassen — werden angeklagt, dass sie, statt die Kriegskosten gleich zu Beginn durch hohe Besteuerung der Einkommen der Reichen zu decken, zu dem verdunkelnden Mittel der immer bereiten Kriegsanleihen griffen. Die Folge war, dass niemand am eigenen Beutel unmittelbar die Schwere der Zeit spürte, sich zur Sparsamkeit veranlasst fühlte und auf genauer parlamentarischer Kontrolle der Kriegsausgaben bestand. — Im Hinblick auf das Elend, das der Krieg der Masse bringt, wird die Frage aufgeworfen, ob sie es mit Bewusstsein heraufbeschworen hat, ob sie den Krieg wollte. In Unwissenheit erhalten, ist sie immer leicht irrezuführen, im Dunkeln tappend, musste sie den Angaben der Regierung glauben. Wie anders hätte es sein können, wenn das Volk oder wenn seine Führer Einblick gehabt, wenn den intelligenten Arbeiterführern auch nur einen Monat vor Kriegsausbruch die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, ihre Stimme aufklärend zu erheben. Gerade damals war die internationale Organisation der Gewerkvereine und der Genossenschaften auf einer verheissungsvollen Stufe angelangt. Wären sie durch demokratische Kontrolle unterrichtet gewesen, so darf füglich angenommen werden, dass ihr Zusammenwirken den Krieg gehindert hätte.

Es wird Ihnen interessant sein zu hören, dass der Ausschuss der Union zu etwa einem Drittel aus Frauen gebildet ist, die denn auch mit Schrift und Rede für die Ideen der

Liga eintreten. Uns ist der Name der Vernon Lee kein fremder, von der erst kürzlich „Die Schweiz“ den ergreifenden „Totentanz der Völker“ gebracht hat. Ich möchte aber auch noch auf die kleine Schrift „Frauen und Krieg“ von Mrs. Swanwick hinweisen, die den lügnerischen Gemeinplatz „Wir führen nicht Krieg gegen Weiber und Kinder“ kräftig und geistvoll widerlegt. Sie zeigt, wie schwer der Krieg, der angeblich nicht gegen Weiber und Kinder geführt wird, mittelbar und unmittelbar beide trifft. Und abgesehen von allem Unheil, das der Krieg den Schwachen bringt, ist, rein theoretisch genommen, die Assoziation des Begriffes der Ehre mit dem der physischen Stärke, das mittelalterliche Anrufen des Gottesurteils, das dem Sieger Recht, dem Besiegten Unrecht gibt, ein Todesurteil für das Menschen- und Selbstbestimmungsrecht der Frau. In den Frauen sieht Mrs. Swanwick die durch lange Unterdrückung bestvorbereiteten Bundesgenossen der Demokratie. Mögen sie sich aus dieser Rolle nicht durch die Vorspiegelung verdrängen lassen, dass bei antimilitaristischer Betätigung die militaristischen Männer davor zurückschrecken werden, ihnen das Stimmrecht zu geben. Diese Männer — urteilt Mrs. Swanwick — würden es ihnen ohnehin nie zugekannt haben. Sie plädiert dafür, dass nicht eine exklusive Frauenpartei, sondern dass Frauen und Männer gemeinsam den Kampf gegen den Militarismus aufnehmen.

Ich darf nun, nachdem dieser flüchtige Überblick Sie mit der Aufklärungsarbeit der Union einigermassen vertraut gemacht hat, wieder auf ihre vier Leitsätze zurückkommen. Der erste ist derjenige, den die besprochene Litteratur am wenigsten eingehend erörtert. Eine Flugschrift über das polnische Problem („von einem Polen“) zeigt deutlich die ungeheuren Schwierigkeiten, die in diesem speziellen Fall der Verwirklichung des Programms entgegenstehen, ohne mehr als schmerzliche Warnungen vor einer fünften Teilung Polens und Anrufung der Sympathie aller freiheitlich Gesinnten bieten zu können. In der Tat scheint mir dies das Postulat, von dem, so wünschenswert und so einleuchtend vom moralischen Gesichtspunkt aus es auch anmutet, am ehesten vorerst als von einem utopischen gesprochen werden kann. Auch in Deutschland und der Schweiz haben sich zu diesem Problem die verschiedensten Stimmen hören lassen. Der Unvoreingenommene wird aber bei der Prüfung ihrer Vorschläge kaum die Empfindung los werden: leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stossen sich die Dinge. Insbesondere ist die Lösung, die bei der Volksabstimmung in gemischt bevölkerten Gebieten für die eventuell sehr grossen Minoritäten geboten wird, durchaus unbefriedigend. Dass man ihnen die Auswanderung freistellt, scheint mir keine Lösung. Das einzige Erreichbare, und worauf denn auch die Demokratie aller Länder hindrängen sollte, scheint die Verwirklichung des Gedankens: der Friede soll keine Annexion sanktionieren, die den Keim zu künftigen Konflikten in sich tragen würde. Ein Abkommen, gegründet auf die Erkenntnis, dass die Bewohner der umstrittenen Gebiete nicht „wie die Bauern im Schachspiel“ beliebig herumgeschoben werden dürfen, dass sie vielmehr menschliche Wesen mit eigenen Traditionen, Wünschen und ökonomischen Interessen sind, ist das einzige, das Aussicht auf Endgültigkeit hat. Das Verhalten gegenüber Österreich von Seite Preussens im Jahre 1866, das durch vollkommene Mässigung das Erlöschen der Empfindlichkeit und der Rachegefühle in dem überwundenen Gegner so begünstigte, dass er im Lauf weniger Jahre zu einem sicheren Freund wurde, ist für die segensreiche Wirkung einer solchen Politik beweiskräftig.

Der zweite Leitsatz ist gleichsam die Urzelle, aus der sich der Organismus der Union entwickelt hat. In seiner Erörterung werden denn auch nicht nur die Gepflogenheiten des internationalen diplomatischen Verkehrs kritisch beleuchtet, — es wird mit der Umgestaltung dieser alteingewurzelten Sitten

oder Unsitten vor allem auch eine Verjüngung der damit betrauten Kreise verlangt. Die diplomatische Karriere und der Eintritt in das auswärtige Amt war bis jetzt mit geringen Ausnahmen das Privileg der Hochgeborenen und Begüterten. Es wird für die Zukunft Ausmerzung dieses Vorzugsrechts und Wahl der aus freiem Wettbewerb hervorgegangenen Befähigtesten, ferner eine vertiefte Vertrautheit derselben mit sozialen, ökonomischen und geschichtlichen Verhältnissen ihres Landes gefordert. Bei dem Verlangen der Bekanntgebung diplomatischer Verhandlungen begegnet man allenthalben Gleichnissen wie dem, dass die Sonne in die verhängten Beratungszimmer der Diplomaten hineingelassen, oder dass diese Angelegenheiten nicht länger in „wasserdrückten“ Räumen behandelt werden sollen. Über die auswärtige Politik soll künftig genau wie über die Armee oder das Budget regelmässig im Parlament Rechenschaft abgelegt und diskutiert werden. Ein ständiges parlamentarisches Komitee soll mit der Prüfung aller Einzelheiten betraut sein, die etwa für die unmittelbare Öffentlichkeit nicht geeignet sind. Aber der Abschluss irgend eines Vertrags und Bündnisses, das Eingehen auf irgend eine Verbindlichkeit, die die nationale Verantwortlichkeit festlegt, soll künftig unmöglich sein ohne die Zustimmung des Parlaments. So sollen auch alle bestehenden Verträge in regelmässigen Zeiträumen wieder der Diskussion unterbreitet und dadurch Gelegenheit zu Verbesserungen, Änderungen, Erweiterungen geschaffen werden. Morel, der geistige Leiter der Union, betont, dass alles dies ohne sehr fühlbare konstitutionelle Änderungen zu ermöglichen sei.

In engem Zusammenhang mit dem zweiten steht der dritte Leitsatz, der die Abkehr von dem System des europäischen Gleichgewichts und der daraus entspringenden Allianzpolitik fordert. Es wird im Gegensatz dazu eine Gemeinsamkeit der Völker angestrebt, die in einem internationalen, öffentlich beratenden und beschliessenden Rat ihren Ausdruck finden soll, welchem die Mittel zur Verfügung stehen, den internationalen Beschlüssen Nachachtung zu schaffen. Man darf sich wohl nicht verhehlen, dass auch dieser Punkt ähnlich dem ersten mannigfachem Kopfschütteln begegnen wird. Selbst die Wohlgesinnten, die von verstiegenen imperialistischen und „völkischen“ Idealen weit entfernt sind, habe ich vielfach ungläubig lächelnd fragen hören, worin die Machtmittel bestehen sollen, durch die ein solcher internationaler Rat im Ernstfall seine Beschlüsse durchzusetzen imstande wäre. Dem darf entgegengehalten werden, dass Vertreter einer handfesten Realpolitik ebenso wie gelehrte Kenner der Geschichte und des Völkerrechts derartige internationale Vereinbarungen nicht nur für erstrebenswert, sondern auch für möglich erklärt haben. Ich erwähne den viel zitierten Ausspruch des englischen Ministers Asquith vom September 1914: „Die Idee des öffentlichen Rechts, — was ist ihre eigentliche Bedeutung? Sie erstrebt durch einen langsam und allmählichen Prozess die Ersetzung der Macht, des widerstreitenden Wetteifers der Nationen, der Mächtengruppen und Bündnisse und eines prekären Gleichgewichts durch eine wirkliche europäische Gemeinsamkeit, begründet auf Anerkennung gleichen Rechts und durchgeführt durch den allgemeinen Willen“. Ähnlich spricht der Historiker James Bryce von der Hoffnung, dass nach diesem Krieg eine grosse Anstrengung gemacht werden möge, die Beziehungen der grossen Mächte der Welt durch eine wirklich erfolgreiche internationale Vereinigung auf eine bessere Grundlage zu stellen. Geichartige Äusserungen könnten von Roseberry, von dem amerikanischen Staatssekretär Taft, von den deutschen Völkerrechtslehrern Schücking, Oppenheim und vielen anderen angeführt werden. Am meisten spricht natürlich für die Ausführbarkeit eines Wunsches der Hinweis darauf, dass er schon irgendwo verwirklicht worden ist. Da kann nun die Vereinigung der 21

selbständigen Staaten der neuen Welt zu einem panamerikanischen Komitee namhaft gemacht werden, ein Bund zur Sicherung des gegenseitigen Friedens mit Vorkehrungen, die, wenn zwei der betreffenden Staaten in Konflikt geraten, es den 19 andern ermöglichen sollen, den Konflikt friedlich zu schlichten. So viel ich weiss, ist es dieser Institution zu danken, dass vor einigen Monaten der Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko unmittelbar vor seinem Ausbruch verhindert worden ist. Jedenfalls wäre ein Vertrag, in den alle jetzt kriegsführenden Völker einzutreten hätten, und der die Tendenz immer umfassenderer Erweiterung in sich trüge, in dem die Teilnehmer diejenige Macht mit Krieg zu bedrohen erklärt, welche gegen ein anderes Glied des Bundes Feindseligkeiten begäne, ohne den Schiedsspruch oder die Vermittlung der dafür eingesetzten Instanzen anzurufen, ein ungeheuerer Fortschritt. Von denjenigen, die diese Entwicklung anstreben, werden ausser den angedeuteten militärischen auch ökonomische und finanzielle Zwangsmittel in Aussicht genommen, um sie durchzuführen zu können. Z. B. wird der ökonomische Boykott gegen einen vertragsbrüchigen Staat vorgeschlagen; oder es werden grosse Sicherheiten vorgesehen, die ein jeder Staat in Gold bei dem Sitz des internationalen Schiedsgerichts (oder internationalen Rat der Mächte) zu hinterlegen hätte, die bei Vertragsbruch hinfallen würden. Insbesondere wäre beim Bestellen dieser internationalen Behörde das Gewicht auf die Geistesart ihrer Mitglieder zu legen, die nicht oder nur zum kleinsten Teil der bisherigen professionellen europäischen Diplomatie entnommen sein dürften, vielmehr die Hauptlebensenergien ihrer Länder repräsentieren müssten, wobei es einstweilen dahingestellt bleibt, wie es möglich sein werde, bei den demokratisch und autokratisch regierten Ländern einen allen zusagenden Wahlmodus zu finden. Die Engländer schlagen für sich als solchen vor: Bestimmung der englischen Abgeordneten für den internationalen Rat durch ein die verschiedenen Interessen, Berufe, Zonen repräsentierendes Wahl-Kollegium oder durch das Unterhaus.

Der letzte der vier Leitsätze würde sich in seiner ersten Hälfte aus der Annahme des dritten ergeben. Denn dass ein Völkerbund, der sich nach der Blut-Orgie dieser Zeit, aus dem aufrichtigen Wunsch nach dauerndem Frieden geboren, zusammenfände, vor allem mit vertragsmässiger Einschränkung der Rüstungslasten zu beginnen hätte, kann nicht bezweifelt werden. Ebenso darf man wohl annehmen, dass dem Unheil der privaten Waffen- und Munitionsfabrikation mit allen ihren Folgen durch Verstaatlichung dieser Betriebe ein Ende gemacht würde, wenn erst einmal Recht, Vernunft und Gesittung einen Platz gefunden hätten, an dem sie, uneingeschüchtert durch Macht, die längst erkannte Theorie in die Praxis überzuführen in Stand gesetzt wären.

Hier aber werden nun eben unsere Gegner, die Machtanbeter, Imperialisten und Nationalisten nicht nur, sondern auch die Vertreter der Idee einer ungebrochenen geschichtlichen Entwicklung uns entgegenhalten, dass es eben nur Theorie ist, die wir bieten, dass sich aber die Entwicklung der Tatsachen mit eiserner Folgerichtigkeit vollziehe und dass die vortrefflichste Theorie in nationalen Leidenschaften und Machtentscheidungen keine Rolle zu spielen pflege. Kriege wie der jetzige, sagt man, gleichen den Naturereignissen, deren Eintritt kein Menschenwille zu hindern vermag. Oder, wie ich drastischer nach einem Börneschen Wort zitieren hörte: dieser Krieg hätte nur verhindert werden können, wenn Adam, ehe er Evas ansichtig wurde, sich den Hals durchschnitten hätte. — Ist denn aber der Umschwung der Geistesbeschaffenheit der Menschen nicht auch ein Naturereignis? War z. B. die französische Revolution, war die Sklavenbefreiung nicht die Folge eines solchen Umschwungs? Und sollte der sehnsgesuchsvolle Wunsch nach Vermenschlichung der menschlichen Beziehungen,

der in hunderttausend Seelen in allen Ländern lebt, nicht einen ähnlichen Umschwung herbeizuführen im Stande sein? Nicht gleichsam einen Eingriff Gottes in das streng kausale Gefüge des Ablaufs der Ereignisse erwarten wir. Aber wir wollen für die in Hunderttausenden schon vorhandenen Ideen wirken und werben, dass sie eine Macht werden in Millionen und als unwiderstehliches Glied sich einschmieden in die Kette der Ursachen, die eine wohnlichere Welt des Rechts und des Friedens herbeiführen sollen für die Menschen. C. Stern.

Frau Dr. Marie Heim-Vögtlin †.

Eine grosse Trauergemeinde war Donnerstag, den 9. November, nachmittags im neuen Krematorium in Zürich versammelt, und mit ihr feierten Hunderte weit herum im Lande das Andenken an die liebe Frau Dr. Heim-Vögtlin, eine der besten Schweizerfrauen unserer Zeit.

Marie Vögtlin, geboren 1848 als Tochter des Pfarrers der kleinen aargauischen Gemeinde Bözen, verlebte ihre Jugend in ländlicher Einfachheit im Verkehr mit der Natur und den Dorfkindern. Von den Eltern und später in einem anderen Pfarrhaus von weiteren Lehrern unterrichtet, widmete sie sich nach einem Pensionsjahr in Montmirail und nach dem Tode ihrer Mutter ganz den hauswirtschaftlichen Arbeiten, und, nachdem ihr Vater nach Brugg übersiedelt war, auch der Pflege kranker Kinder in einem von ihrer Tante gegründeten kleinen Kinderspital. Hier erwachte der Wunsch in ihr, auf diesem Gebiete nicht nur Hilfsarbeit zu leisten, sondern die ärztliche Behandlung selbst leiten zu dürfen. Als sie vernahm, dass an der Universität Zürich zwei russische Studentinnen Aufnahme gefunden, steckte sie sich das gleiche Ziel und verfolgte es mit zäher Beharrlichkeit. 1½ Jahre trieb sie im Geheimen Latein, Mathematik und die Anfangsgründe der Naturwissenschaften, bevor sie es wagte, ihr Anliegen ihrem Vater vorzubringen. Sehend, Welch' ernster Wille dem Wunsch seiner Tochter zu Grunde lag, willigte dieser nach anfänglichem Widerstreben ein, und 1868 bezog sie als erste schweiz. Medizinstudentin die Universität Zürich. Die neun Semester, die sie hier ihren Studien widmete, waren eine Zeit reinen Glückes für sie. Professoren und Studenten kamen ihr mit Wohlwollen entgegen, und es blieb nicht ohne glückliche Folgen, dass gleich die erste Studentin sich durch die Ernsthaftigkeit, mit der sie ihr Ziel verfolgte, und ihr einfaches, natürliches Wesen deren Achtung zu erringen wusste. Im Winter 1872/73 bestand sie mit Auszeichnung ihr medizinisches Staatsexamen. Weitere Studien in Leipzig und ein Jahr Assistenz an der königlichen Entbindungsanstalt in Dresden vervollständigten ihre wissenschaftliche und praktische Vorbereitung auf den Beruf, verschafften ihr den Doktorgrad und führten zur Niederlassung als Ärztin an der Hottingerstrasse in Zürich. Bald war ihre Sprechstunde eine der besuchtesten der Stadt. Es zeigte sich, welches Bedürfnis die Frauenärztin für Frauen war. Neben der auf gewissenhafteste Untersuchung sich gründenden sicheren Diagnose waren es speziell weibliche Eigenschaften, die die Patientinnen an Frau Dr. Heim schätzten: das herzliche Mitgefühl mit den Leidenden, der praktische Sinn für die Hilfsmittel, die Küche und Hauswirtschaft bieten können.

Besonders auf dem Gebiet der Geburtshilfe hat sie in mehr als 30jähriger Arbeit in aufopferndster Tätigkeit Grosses geleistet, Tag und Nacht bereit, den Müttern jeden Standes in ihrer schweren Stunde Hilfe und Erleichterung zu bringen. In der Zeit ihrer grossen Praxis stieg die Zahl der von ihr behandelten Fälle von Gynäkologie und innern Krankheiten bis auf 1900 jährlich.